

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/4555 –

Berufsbildungsbericht 1996

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag nimmt den Berufsbildungsbericht 1996 zustimmend zur Kenntnis. Wichtigstes Ergebnis ist, daß auch 1995 eine ausgeglichene Lehrstellenbilanz vorgelegt werden konnte. Jedem Jugendlichen, der dies wünschte, konnte ein Ausbildungsangebot gemacht werden. Dies ist vor dem Hintergrund schwieriger Rahmenbedingungen ein Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten in der beruflichen Bildung.

Der Deutsche Bundestag dankt allen Unternehmern und Unternehmen, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften sowie allen, die sich in den Ländern dafür eingesetzt haben, daß dieses Ergebnis auch 1996 erreicht wird. Wie kaum ein anderer Regierungschef hat sich der Bundeskanzler gemeinsam mit den zuständigen Ressortministern für ein ausreichendes Lehrstellenangebot engagiert.

2. Die Bundesregierung hat im laufenden Jahr in Gesprächen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft Zusagen über die Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen erreicht. Der Deutsche Bundestag fordert die Wirtschaft dazu auf, auch in den kommenden Jahren ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen und dadurch ihren Teil zum Fortbestand des bewährten dualen Systems der beruflichen Bildung zu leisten und ihre gegebene Selbstverpflichtung einzuhalten. Die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen ist und bleibt eine originäre Aufgabe der Wirtschaft.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung durch den Abbau von Ausbildungshemmnissen zur Verstärkung des Lehrstellenangebots beigetragen hat und weiter beiträgt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung

und Sozialpartner auf, den beschrittenen Weg zur Modernisierung und Flexibilisierung der beruflichen Bildung entschlossen fortzusetzen und noch bestehende Ausbildungshemmnisse abzubauen, soweit diese in ihren Kompetenzbereich fallen. Die Perspektiven zeigt der Bundesbildungsbericht auf. Dazu gehören auch zweijährige Ausbildungsgänge mit stärker praktisch ausgerichteten Anforderungsprofilen, durch welche die Beschäftigungschancen stärker praktisch begabter Jugendlicher verbessert werden können.

4. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Förderung von rd. zwei Dritteln aller Lehrstellen in den neuen Bundesländern durch öffentliche Mittel nicht dauerhaft aufrecht erhalten werden kann. Ansonsten besteht die Gefahr, daß das System der dualen Berufsausbildung Schaden erleidet. Deshalb müssen die vorhandenen Kapazitäten in der betrieblichen Berufsausbildung konsequent ausgeschöpft werden. Dazu ist u. a. eine intensive Beratung der ausbildungswilligen Betriebe nötig.

Die Wirtschaft bleibt aufgefordert, das betriebliche Ausbildungsstellenangebot weiter deutlich zu steigern. 1995 wurde ein Zuwachs von 11 % bei den betrieblichen Ausbildungsstellen erzielt. Ähnliche Steigerungsraten müssen auch in den kommenden Jahren erreicht werden, damit die systemfremde öffentliche Förderung überflüssig wird. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit Wirtschaft, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und den Ländern alle hierauf gerichteten Aktivitäten konsequent fortzuführen und zu verstärken.

5. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder, die Ausbildungsreife aller Schüler durch geeignete Reformmaßnahmen im allgemeinbildenden Schulwesen sicherzustellen. 1995 hat die Bundesanstalt für Arbeit für ca. 36 000 Jugendliche besondere Hilfe geleistet, damit die Aufnahme einer Berufsausbildung überhaupt erst ermöglicht wurde. Der Deutsche Bundestag sieht als unbefriedigend an, daß allein die Bundesanstalt für Arbeit im vergangenen Jahr 480 Mio. DM aufwenden mußte, um die Defizite aufzufangen.

Auszubildende müssen mehr Zeit in den Betrieben verbringen können. Deshalb erwartet der Deutsche Bundestag von den Ländern, die Berufsschulzeiten im Interesse von Betrieben und Lehrlingen flexibler zu organisieren. Dadurch können bis zu 30 Tagen jährlich mehr Ausbildung in den Betrieben erreicht werden.

Der Deutsche Bundestag appelliert an den Bundesrat, den Änderungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, die erwachsenen Lehrlingen die Rückkehr in den Betrieb nach der Berufsschule ermöglichen, im Interesse von Auszubildenden und Betrieben zuzustimmen.

6. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß Tarifpartner zunehmend Fragen der beruflichen Ausbildung und eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes zum Gegenstand von Tarifverein-

barungen gemacht haben. Er appelliert an alle Tarifpartner, alle tarifvertraglichen Möglichkeiten zu nutzen, um das Ausbildungsplatzangebot zu steigern und Ausbildungshemmnisse, soweit sie aus tarifvertraglichen Regelungen resultieren, zu beseitigen.

7. Der Deutsche Bundestag vertritt nachdrücklich die Auffassung, daß allgemeine und berufliche Bildung gleichwertig sind. Deshalb sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung sowohl für die Auszubildenden als auch für die ausbildenden Betriebe zu verbessern. Dazu gehören etwa Angebote dualer Ausbildung an Fachhochschulen und Akademien sowie eine Verbesserung der Beratung zur Berufsausbildung. Eltern, Schule und Berufsberatung müssen frühzeitig dem Vorurteil, daß nur Berufe im Dienstleistungsbereich Zukunft hätten, begegnen. Gerade Handwerk und gewerbliche mittelständische Wirtschaft bieten zukunftssichere Perspektiven und vielfältige Aufstiegsmöglichkeiten.

Bonn, den 17. Oktober 1996

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

